

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, den 17.03.2021 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Ort: Wisentahalle Schleiz, An der Wisentahalle 1, 07907 Schleiz

Anwesenheit:

Anwesend:

Landrat
Füßmann, Thomas

Ausschussmitglieder
Feike, Anette
Heidrich, Stefan
Kaufmann, Manuela
Kleindienst, Wolfgang
Möller, Klaus
Neumüller, Alex
Reller, Cynthia
Smailes, Sandra
Thieme, Frederik

Beratende Mitglieder
Brüner-Neumann, Karina
Herrgott, Beate
Hofmann, Nadine
Kuschick-Büttner, Anja
Leucht, Madlen
Pieter-Junge, Madlen
Thieme, Mandy

Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Lautenschläger, Yvonne
Nielsen, Katrin
Schmidt, Diana
Täumel, Kerstin
Weiß, Julia

Gäste
Bentz, Manfred
Fiedler, Marcus
Hanna, Allam, Dr. med.

Meyer, Christian
Scheffczyk, Andreas
Weigelt, Thomas
Essebier, Bettina
Seidler, Lilian
sowie ca. weitere 26 Jugendliche und Bürger/innen

Entschuldigt: Ausschussmitglieder
Herrgott, Christian
Müller, Kristin
Müller, Ronny
Roßner, Marc
Sinkwitz, Angelika (krank)

Beratende Mitglieder
Beyer, Astrid (dienstl. Gründe)
Geisler, Astrid (krank)
Krasser, Ines (krank)
Ladwig, Oksana
Lenk, Thomas (dienstl. Gründe)
Marufke, Dieter
Schröter, Maraike

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.02.2021 (öffentlicher Teil)
2. Antrag Kreisjugendring Saale-Orla e.V. zur Abberufung des Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gem. § 27 Abs. 4 ThürKO durch Abwahl
Vorlage: AN/051/2021
3. Sachstand Umsetzung Beschluss des Kreistages Nr. 84-7/2020 vom 25.05.2020 zur "Errichtung Jugendparlament"
4. Bericht der externen Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis der Volkssolidarität Pößneck e.V. zur Umsetzung des Beschlusses des Kreistages (Nr. 84-7/2020) vom 25.05.2020 betreffend "Errichtung J..."
5. Perspektiven zur Rückkehr in den Schul- und Kitabetrieb im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/052/2021
6. Diskussion Durchführung Sommerschule/Sommercamp
7. Anfragen
8. Informationen/Sonstiges

Herr Kleindienst eröffnet die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Von Herrn Kleindienst wird über die Durchführung von Bild- und Tonaufnahmen für die heutige Sitzung informiert. Im Fall, dass ein Redner keine Aufzeichnung wünscht, soll vor dem jeweiligen Redebeitrag eine Untersagung angezeigt werden.

Auf die Ausführungen im § 5 der Geschäftsordnung des Kreistages wird von Frau Lautenschläger hingewiesen, die eine erforderliche vorherige Zustimmung der Ausschussmitglieder beinhaltet.

Auch von Frau Kaufmann wird sich für ihre Person gegen die Aufnahmen ausgesprochen. Herr Kleindienst hält Widerrede mit der Begründung, dass die Ordnung der Sitzung aus seiner Sicht nicht gestört wird und die Aufnahmen beim Ausschussvorsitzenden angemeldet sind. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses **lehnen mehrheitlich** (bei 4 Ja-Stimmen) die **Bild- und Tonaufnahmen ab**.

Von Herrn Kleindienst wird über einen vorliegenden Dringlichkeitsantrag von Herrn Thieme zum Thema Perspektiven zur Rückkehr in den Schul- und Kitabetrieb im Saale-Orla-Kreis berichtet. Der Antrag sowie ein Beschlussvorschlag wurde vor Sitzungsbeginn den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgereicht. Es wird angeregt, den Tagesordnungspunkt unter TOP 5 aufzunehmen.

Die **Dringlichkeit des Antrages** wird von den Ausschussmitgliedern **mehrheitlich** (bei 1 Stimmenthaltung) bestätigt.

Der Änderung der Tagesordnung mit dem Vorschlag zur **Aufnahme des Antrages als TOP 5** wird von den Ausschussmitgliedern **mehrheitlich** (bei 1 Stimmenthaltung) **zugestimmt**.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.02.2021 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.
Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift über die 9. Sitzung des Ausschusses am 17.02.2021 (öffentlicher Teil).“

38-10/2021

Zu TOP 2 Antrag Kreisjugendring Saale-Orla e.V. zur Abberufung des Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gem. § 27 Abs. 4 ThürKO durch Abwahl Vorlage: AN/051/2021

Zum Sachverhalt wird von Herrn Kleindienst über eine ihm vorliegende Stellungnahme des Fachdienstleiters der Rechtsaufsichtsbehörde, Herrn Dr. Bergner, berichtet. Insbesondere wird der Wortlaut des § 27 der ThürKO zitiert.

Die Formulierung „Abwahl“ im Antrag des Kreisjugendrings wird damit als nicht rechtskonform gesehen. Auch die Unterzeichnung durch Frau Kaufmann als stellvertretendes Ausschussmitglied wird als unzulässig eingeschätzt. Eine entsprechende Abänderung wird aufgrund dessen für erforderlich erachtet.

Für die Möglichkeit einer weiteren Abstimmung der Antragsteller wird von Frau Kaufmann der **Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung** gestellt. Dem Antrag wird von den Ausschussmitgliedern **einstimmig zugestimmt**.

Pause: 16:16 -16:21 Uhr

Als Vertreterin des Kreisjugendrings Saale-Orla e.V. wird von Frau Reller die Abänderung der Formulierung bestätigt. Der Beschlussvorschlag soll die „Abberufung des Ausschussvorsitzenden“ lauten.

Zusammenfassend wird von Frau Kaufmann als Begründung angeführt, dass Herr Kleindienst wissentlich gegen geltendes Recht verstoßen hat, in dem er als Teilnehmer und nicht nur als Beobachter bei einer untersagten Veranstaltung anwesend war. Auf die besonders geforderte Vorbildwirkung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, dessen wesentlicher Bestandteil auch die Arbeit zur Demokratiebildung der Jugendlichen ist, wird aufmerksam gemacht.

Vom Ausschussvorsitzenden wird den anwesenden Kreistagsmitgliedern ein grundsätzliches Rederecht erteilt.

Die anwesenden Mitglieder der UBV-Fraktion und AfD-Fraktion des Kreistages sprechen sich in ihren umfangreichen Redebeiträgen gegen den Antrag zur Abberufung und die Vorwürfe gegen Herrn Kleindienst aus.

Von Herrn Scheffczyk wird die stattgefundene Versammlung als normaler Vorgang der Erkämpfung und Behütung der Demokratie gesehen. Es wird hinterfragt, welches öffentliche Verhalten unangemessen war und nicht im Einklang mit der Arbeit des Jugendhilfeausschusses stand, welcher Schaden zugefügt wurde und um Einschätzung der bisherigen Arbeit durch die Fachbereichsleitung gebeten.

Von Herrn Fiedler wird der besondere Einsatz von Herrn Kleindienst in der Vergangenheit hervorgehoben, die zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten genannt und die hohe Fachkompetenz angeführt.

Von Herrn Weigelt wird auf die Regelungen im Grundgesetz zur freien Meinungsäußerung hingewiesen und Verfehlungen anderer in Verantwortung stehender Personen angeprangert. Die Gründung des Jugendparlaments ist aus seiner Sicht das Verdienst von Herrn Kleindienst. Auch von Herrn Heidrich wird mit dem Antrag eine politische Hetzjagd gesehen und das Recht zur freien Meinungsäußerung eingefordert.

Zu den Behauptungen von Herrn Weigelt hinsichtlich eines Fehlverhaltens seiner Person erfolgt vom Landrat eine Richtigstellung des Sachverhaltes. Herr Weigelt entschuldigt sich für die Formulierungen.

Frau Reller zeigt sich sprachlos über die Redebeiträge, die nicht im Zusammenhang mit dem Antrag zu sehen sind. Diese politischen Debatten sollten nicht von den Vertretern der Jugendhilfe geführt werden. Zu den genannten Fragen bedarf es einer Abstimmung im Kreisjugendring, so dass hier keine umgehende Beantwortung erfolgt.

Mit der Verlesung des Wortbeitrages aus dem Video der Roy Media GmbH zur genannten Demonstration wird von Herrn Scheffczyk belegt, dass Herr Kleindienst entspannt auf die

Teilnehmer eingewirkt hat. Aus seiner Sicht handelt es bei der Verbreitung der Vorwürfe in der Öffentlichkeit um Verleumdungen und einer politischen Intrige.

Von Frau Kaufmann wird erklärt, dass es zu besagter Veranstaltung zwei verschiedene Videos gibt, die ein unterschiedliches Bild abgeben. Bei Bedarf kann dieses ebenfalls abgespielt werden.

Die Einwürfe hinsichtlich einer undemokratischen Arbeit des Jugendhilfeausschusses werden von Herrn Möller zurückgewiesen und das Recht einer Abberufung des Vorsitzenden bekräftigt. Eine Bestätigung des im Antrag dargestellten Sachverhaltes als Gesetzesverletzung wird mit dem ergangenen Bußgeldbescheid als nachvollziehbar gesehen.

Von Herrn Kleindienst wird die Durchführung einer namentlichen Abstimmung beantragt. Von Herrn Möller wird der **Geschäftsordnungsantrag zur geheimen Abstimmung** des Antrages gestellt.

Vom Ausschussvorsitzenden wird zur Abklärung der gesetzlichen Vorschriften eine Sitzungspause vorgeschlagen.

Pause: 17:00 – 17:10 Uhr.

Nach erfolgter juristischer Prüfung durch Frau Lautenschläger wird von Herrn Kleindienst erklärt, dass der Antrag von Herrn Möller korrekt bzw. der weitergehendere Antrag ist. Zum Einwurf von Herrn Scheffczyk, dass nur eine Beteiligung der Kreistagsmitglieder an der Abstimmung rechtmäßig ist, wird von Frau Lautenschläger auf die Besonderheiten der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses verwiesen. Mit diesem Ansinnen würde den Vertretern der freien Träger eine Beteiligung entzogen.

Der **Geschäftsordnungsantrag zur geheimen Abstimmung** wird **mehrheitlich** (bei 3 Gegenstimmen) angenommen.

Als Mitglieder der Abstimmungskommission werden Herr Neumüller, Herr Möller und Frau Leucht benannt.

Die Abstimmungshandlung wird durchgeführt und das Ergebnis durch die Kommission ausgezählt.

Als Wahlergebnis wird genannt:

- 9 Wahlberechtigte
- 0 ungültige Stimmen
- 9 gültige Stimmen

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

mehrheitlich (6 Ja-Stimmen)
bei 3 Gegenstimmen

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Abberufung gem. § 27 Abs. 4 ThürKO von Herrn Wolfgang Kleindienst als Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses.“

39-10/2021

Als **stellvertretende Ausschussvorsitzende** übernimmt **Frau Reller die Sitzungsleitung**. Von Herrn Scheffczyk wird die Rechtmäßigkeit der Stellvertretung von Frau Reller in Frage gestellt mit der Begründung, dass ein Kreistagsmitglied diese Funktion ausfüllen muss. Zur juristischen Prüfung wird eine Pause eingelegt.

Pause: 17:30 – 17:35 Uhr.

Frau Lautenschläger verliest den Wortlaut des § 5 der Satzung des Jugendamtes, der beinhaltet, dass der Vorsitz durch ein Kreistagsmitglied geführt werden soll, was aber kein Muss bedeutet.

Von Herrn Scheffczyk wird sich eine weitere juristische Prüfung vorbehalten.

Zu TOP 3 Sachstand Umsetzung Beschluss des Kreistages Nr. 84-7/2020 vom 25.05.2020 zur "Errichtung Jugendparlament"

Als stellvertretende Leiterin des Jugendamtes wird von Frau Fügmann der chronologische Ablauf der Umsetzung dargestellt. Zusammenfassend wird an den Grundsatzbeschluss des Kreistages zur Errichtung eines Jugendparlamentes auf Antrag der UBV-Fraktion, die Änderungsempfehlung aus dem Jugendhilfeausschuss sowie der Beschlussfassung im Kreistag zur Umsetzung erinnert. Mit diesen Grundlagen wurde der Aufruf zur Mitarbeit bei den Jugendlichen im vergangenen Jahr gestartet. Dazu haben mehrere Strategieberatungen stattgefunden. Auf Einladung an die Interessenten für das Jugendparlament hat Ende September eine Auftaktveranstaltung mit ca. 40 Jugendlichen stattgefunden. Als Resultat daraus und weiteren Abstimmung wurden in der Zwischenzeit verschiedene Online-Meetings durchgeführt.

Frau Essebie und Frau Brüner-Neumann sind als Koordinatoren bestimmt und Frau Herrgott seitens der Verwaltung zuständig.

Von Herrn Scheffczyk wird auf den Wortlaut des Beschlussvorschlages im ursprünglichen Antrag der UBV-Fraktion bzw. den endgültigen Beschluss des Kreistages vom 25.05.2020 hingewiesen. Unter Punkt 1 ist eine organisatorische und finanzielle Unterstützung des Jugendparlamentes am Beispiel der Stadt Jena enthalten. Dies ist aus seiner Sicht nicht erfolgt.

Als weitere Punkte, die in der Umsetzung offen sind, werden fehlende Wahlen an allen weiterführenden Schulen, keine vorliegende Satzung oder auch Beschlussfassung im Kreistag angeführt, so dass es nach seiner Meinung kein Jugendparlament gibt.

Zu diesen Ausführungen wird von Herrn Neumüller Gegenrede gehalten mit dem Hinweis, dass der Beschluss auf der Grundlage der Abstimmung des gesamten Kreistages beruht. Es wird sich dafür ausgesprochen, den Jugendlichen freie Gestaltung in dieser Angelegenheit zu gewähren bzw. sich in Zurückhaltung mit Vorschriften zu üben.

Zu TOP 4 Bericht der externen Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis der Volkssolidarität Pöbneck e.V. zur Umsetzung des Beschlusses des Kreistages (Nr. 84-7/2020) vom 25.05.2020 betreffend "Errichtung J..."

Den beiden Projektverantwortlichen der externen Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis sowie den anwesenden Jugendlichen wird das Rederecht erteilt.

Von Frau Essebier werden zusammenfassend die Ziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wie z.B. Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusvorbeugung genannt.

Die lokale Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis setzt sich mit seinem Netzwerk aus verschiedenen lokalen Trägern insbesondere zur Stärkung der Demokratie ein. Der Begleitausschuss ist für die strategische Planung und Organisation zuständig und entscheidet über die Einzelmaßnahmen und Verwendung der Gelder. Das Gremium setzt sich aus verschiedenen Vertretern der Gesellschaft zusammen. Wesentlicher Bestandteil der Aufgaben des Begleitausschusses ist auch die Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung.

In Umsetzung des Kreistagsbeschlusses wurde eine Strategie entwickelt und ein Interessenbekundungsverfahren mit der Auftaktveranstaltung am 30.09.2020 durchgeführt. Im Begleitausschuss wurde der jeweilige Arbeitsstand kommuniziert und der Bedarf einer weiteren Begleitung vorgetragen.

Auf Einladung der Jugendhäuser wurden den Jugendlichen die Initiative zur Gründung des Jugendparlaments mit den dafür notwendigen Schritten aufgezeigt.

Als Ansprechpartnerin der Koordinierungs- und Fachstelle wird von Frau Seidler auf die Aufgaben der lokalen Partnerschaft für Demokratie aufmerksam gemacht. Zur Stärkung der Jugendbeteiligung der jungen Menschen bis 27 Jahre wird die Begleitung zur Gründung eines Jugendforums, die Unterstützung von Prozessen, Organisation von Arbeitstreffen und Recherchen im Hintergrund ausgeübt.

Die Grundlagen für die Arbeit sind in der Thür. Landestrategie zur Mitbestimmung junger Menschen verankert.

Von Herrn Scheffczyk wird wiederum die Beachtung des Rechtsrahmens angemahnt. Hierzu wird von Frau Essebier und Herrn Fügmann Gegenrede gehalten und sich hinsichtlich freier Gestaltungsmöglichkeiten für die Jugendlichen, wie in der Auftaktveranstaltung zugesichert, ausgesprochen.

Als Vertreterinnen des Jugendparlaments stellen sich Pauline Schmidt und Juliane Oelschlegel vor. Gemeinsam wird bestätigt, dass vom „JuPa“ eine aktive Beteiligung in den Gremien des Kreises und der Kommunen zur Vertretung der Interessen der Jugendlichen angestrebt wird.

Aus der Arbeit wird berichtet, dass 5 Ortsgruppen und verschiedene Arbeitsgruppen bestehen sowie 24 Personen in WhatsApp verknüpft sind. Seit der Auftaktveranstaltung wurden zahlreiche Zoommeetings durchgeführt. Geplant ist die Errichtung einer Socialmedia-Plattform.

Für die Zukunft wird die Beteiligung im Kreistag und seinen Gremien unter Erteilung des Rederechts angestrebt.

Das Engagement der Jugendlichen ist mit dem Ziel verbunden, das Leben im Saale-Orla-Kreis für alle Bürger/innen lebenswerter zu gestalten. Für die Aktivitäten des Jugendparlaments wird sich dafür ausgesprochen, dass diese selbstständig, selbstorganisiert und überparteilich erfolgen.

Die Vorstellungen für einen Finanzplan zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit, administrativen Tätigkeiten, von Projekten/Veranstaltungen etc. werden genannt.

Die Durchführung einer Wahl wird als zu große Hürde gesehen, die einer offenen Mitarbeit entgegenstehen bzw. die Teilnehmerzahl reduzieren würde. Um alle Jugendlichen zu erreichen und die „Älteren“ nicht auszuschließen wurden die Schulen als Anlaufstellen als ungünstig erachtet.

Die vorgestellten Ideen und das Engagement werden von Frau Kaufmann, Herrn Weigelt, Herrn Möller und Herrn Neumüller begrüßt und sich für eine weitere Unterstützung ohne einschränkende Vorgaben ausgesprochen. Positiv wird auch die gewünschte Selbstorganisation der jugendlichen Interessen sowie der Selbstverwaltung der Finanzierung gesehen. Entsprechende Mittel sind im Jugendfond für den aufgezeigten Finanzplan reserviert. Eine Begleitung in der Anfangsphase und auch die Möglichkeit einen Ansprechpartner zu wissen, wird als wichtig erachtet. Für die Zukunft muss eine Einigung erfolgen, wer aus dem momentanen Personenkreis im Jugendhilfeausschuss teilnehmen wird.

Von Herrn Fügmann wird über die mit Frau Seidler erfolgte Abstimmung zur Vorstellung in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses berichtet. Es wird davon ausgegangen, dass mit den notwendigen Beschlüssen die Voraussetzungen für die Mitarbeit in den Ausschüssen als sachkundige Bürger geschaffen werden können. Auch zur angesprochenen Finanzierung wird von einer Einigung ausgegangen.

Abschließend wird von Frau Seidler angemerkt, dass es sich hier um einen Lernprozess für beide Seiten handelt und die gegebene Chance genutzt werden sollte.

Frau Smailes, Frau Pieter-Junge und Frau Herrgott gehen.

Pause: 18:30 – 18:38 Uhr

Zu TOP 5 Perspektiven zur Rückkehr in den Schul- und Kitabetrieb im Saale-Orla-Kreis

Vorlage: AN/052/2021

Zum Sachverhalt des Antrages wird von Herrn Thieme versichert, dass nicht aus persönlichen Gründen eine Einreichung erfolgt ist, sondern aus Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen heraus, die Diskussion angeregt werden soll, wie ein geregelter Ablauf für die Rückkehr in den Schul- und Kitabetrieb stattfinden kann.

Der Text des Beschlussvorschlages wird verlesen.

Als Schulelternsprecherin wird sich von Frau Leucht dem Antrag angeschlossen und über die ihr vorliegenden Bitten der besorgten Eltern, Lehrer und Schüler zu notwendigen Nachbesserungen berichtet. Unter Hinweis auf die bedingt durch die Coronasituation vermehrt aufkommender Probleme durch fehlende Tagesabläufe und sozialen Kontakte, Lernrückständen etc. wird sich für einen dringenden Handlungsbedarf ausgesprochen. Die momentane flächendeckende Schließung wird nicht als Lösung gesehen, sondern sich dafür ausgesprochen auch andere Maßnahmen zu ergreifen.

Vom Landrat wird der Sachverhalt als nachvollziehbar erklärt, aber auch darauf hingewiesen, dass die vorgetragenen Wünsche der aktuellen Lage mit täglichen Steigerungen der Zahlen einer Öffnung widersprechen. Auf die derzeit geltenden Verordnungen, die zu diesen Schritten zwingen, wird verwiesen. Zur Problematik gehen auch im Büro Landrat zahlreiche

Protestschreiben ein. Es wird betont, dass vorschnelle Reaktionen die Situation nicht verbessern werden und gebeten, sich weiter an diese Vorschriften zu halten und die Empfehlungen der Mediziner zu beachten.

Als aktuelle Maßnahme des Landkreises zur Reduzierung des Ausbreitungsrisikos des Infektionsgeschehens wird informiert, dass zusätzliche Teststellen in Blankenstein, Schleiz, Pößneck und Triptis eingerichtet werden. Für die Maßnahmen in den Kindergärten liegt die Verantwortlichkeit bei den Trägern. Eine Öffnung ist stets in Abhängigkeit der Inzidenzzahlen zu sehen, so dass momentan keine Aussage über einen möglichen Zeitpunkt getroffen werden kann.

Als erfreulicher Aspekt der Impfstrategie wird angeführt, dass die hohen Infektionszahlen bei den „Alten“ rückläufig sind, aber auch aus den zunehmenden Zahlen erkennbar ist, dass mehr durch die Mutationsvariante vermehrt „Jüngere“ betroffen sind.

Als Kita-Elternvertreterin wird von Frau Kuschick-Büttner auf die Verantwortung des Landkreises zur Öffnung aufmerksam gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass es hierfür Konzepte und Alternativen bedarf, die bereits in Vorbereitung erstellt werden sollten. Die Ideen aller Beteiligten sollten genutzt werden und um die Möglichkeit der Mitgestaltung gebeten. Aus ihrer Sicht kann ein Verständnis für die aktuelle Situation nur mit aufgezeigten Perspektiven und Sicherheiten hergestellt werden.

Für die Einrichtungen wird vom Landrat als Grundvoraussetzung die Durchführung von Testungen gesehen. In diesem Zusammenhang bestehen Probleme zur Verfahrensweise mit ungetesteten Kindern und Erziehern, da keine Verpflichtung dazu besteht. Die Träger sind in den Sitzungen des Pandemiestabes anwesend und können die jeweiligen aktuellen Informationen weitergeben.

Für die Schulen liegt die Verantwortung beim Land, um die Schüler und Lehrer in ein Testsystem zu führen. Auch hier steht das Problem der freiwilligen Basis.

Die Bereitschaft wird für eine Teststrategie und Schulungen erklärt, aber sich wiederholt gegen eine pauschale Öffnung ausgesprochen.

Von Frau Kaufmann wird über die Verfahrensweise in der Volkssolidarität Oberland berichtet und gebeten, sich beim Land für die Übernahme der Kosten (insbesondere für die Hotspots-Regionen) stark zu machen.

In einer sehr umfangreichen Diskussion werden von Herrn Kleindienst, Herrn Neumüller, Frau Thieme, Herrn Thieme und Herrn Fügmann verschiedene Argumente ausgetauscht und Anregungen für eine perspektivische Rückkehr zum Normalbetrieb gegeben.

Als Schulelternvertreter der Gymnasien Ostthüringens werden von Herrn Kant-von der Recke die Bitten der Eltern bekräftigt. Zur aktuellen Verfahrensweise werden Gedanken hinsichtlich zu erwartender Auswirkungen für die Kinder und Jugendlichen angeführt und auf die besondere Verantwortung für diese Generation hingewiesen. Aus seiner Sicht finden die Infektionsfälle nicht an den Schulen statt, so dass über Alternativen neben der praktizierten Heranziehung der Infektionszahlen nachzudenken ist und mit vernünftigen Strategien die Schulen wieder zu öffnen sind.

Zum Vorschlag von Frau Reller im Beschlusstext die Formulierung „verantwortungsvolle Öffnung“ aufzunehmen, wird von Frau Lautenschläger auf die Befugnis des Jugendhilfeausschusses verwiesen. Auch von Herrn Kleindienst wird die Aufgabe nicht beim Jugendhilfeausschuss bzw. auch eine Empfehlung zur Beschlussfassung im Kreistag als zu spät oder politisches Statement gesehen.

Von Frau Kaufmann wird die Bildung einer Arbeitsgruppe angeregt, in der Träger und Elternvertreter mitarbeiten, um dem Pandemiestab ein Konzept vorzulegen.

Nochmals wird vom Landrat darauf verwiesen, dass er die Verantwortung für alle Bürger des Landkreises trägt und dieser auch weiter unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und Empfehlungen der Fachleute nachkommen wird.

Abschließend wird von Herrn Thieme darauf hingewiesen, dass mit dem Beschlussvorschlag keine Festlegungen getroffen werden, sondern im Ausschuss die Nöte aufgezeigt und ein Statement für die dringende Umsetzung von Öffnungsmöglichkeiten abgegeben werden soll.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises befürwortet, dass der Saale-Orla-Kreis den durch den gemeinsamen Erlass des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 11.03.2021 eingeräumten Beurteilungsspielraum für alternative Maßnahmen zur Schließung der Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Schulen für die zukünftigen Zeiträume nach dem 01.04.2021 (Ablauf der gegenwärtigen Allgemeinverfügung des Saale-Orla-Kreises) prüft und – wenn möglich – ausschöpft.“

40-10/2021

Herr Heidrich geht 19:50 Uhr.

Zu TOP 6 Diskussion Durchführung Sommerschule/Sommercamp

An Hand einer Präsentation wird von Herrn Thieme die Möglichkeit der Durchführung von Sommercamps wie folgt dargestellt:

Rückblickend auf die pandemiebedingten Schulschließungen wird an die teils sehr verschiedene Handhabung des Distanzunterrichts, die differenziert nach Schularten unterschiedlich ausgeprägt sind, hingewiesen. Es muss davon ausgegangen werden, dass ein hoher Nachholebedarf bzgl. der formalen und non formalen Bildung besteht.

Auf Vorschlag zweier Professoren der Universitäten Jena und Erfurt soll mit der Durchführung von Sommercamps die pandemiebedingten Bildungsungleichheiten gemindert werden.

Ausschließlich auf regionaler Ebene sollen unter Nutzung von Grobkonzepten des Landes und dessen Finanzierungsmöglichkeiten Lösungen gesucht werden.

Als Definition für die Sommercamps wird erläutert, dass es sich hierbei um ein „Ferienlager“ zur Fortbildung und Förderung handelt. Der Fokus soll dabei auf die formale und non formale Bildung getrennt nach Klassenstufen und Bildungsinhalten gelegt werden.

Als Schwerpunkte werden die Wiederholung des verpassten Lernstoffes, Methodentraining, individuelle Rhythmisierung des Lernprozesses, Verbindung theoretischer und praktischer Vermittlung, Einbindung von Gruppenaktivitäten und bewegte Pausen genannt.

Für die Größe der Gruppen wird angeregt, diese auf 10 Schüler mit mindestens 1 Lehrer und 1 Fachkraft zu beschränken.

Um einen direkten Schulcharakter zu vermeiden, wird die Durchführung in Jugendhäusern, dem Freizeitzentrum Pößneck, dem SEZ Kloster, in der Jugendherberge Plothen oder in Liegenschaften von Vereinen/Gemeinden etc. favorisiert.

Für die Vermittlung der Lerninhalte soll auf freiwillige und pensionierte Lehrkräfte oder Lehramtsanwärter zurückgegriffen werden. Für die informelle Bildung soll Personal der Schulsozialarbeit, der offenen Kinder-/Jugendarbeit, FSJ/Bufdi oder ehrenamtliche Betreuer angesprochen werden.

Möglichkeiten der Nutzung finanzieller Ressourcen werden beim Schulbudget jeder Schule, der Kreisverwaltung (nicht in Anspruch genommenes BuT), Zusage von Landesmitteln u.a. gesehen.

Seitens des Schulamtes wird von Frau Thieme berichtet, dass die Ansprechpartner an den Schulen bis Ende der Woche an das Ministerium zu melden sind. Nach den vorliegenden Informationen sollen sprachliche, mathematische und naturwissenschaftliche Bildung, Talentförderung und Nachholbedarf mit einem Wechsel von schulischen und Ferienangeboten unterbreitet werden. Weitergehende Details sind noch nicht bekannt.

Im letzten Jahr wurde das Angebot in Jena etabliert, dass aber auf Grund der Kurzfristigkeit kaum genutzt wurde. Es wird daher angeregt, das Projekt längerfristig über Schulen und Medien zu kommunizieren.

Von Herrn Kleindienst ergeht die Empfehlung, den Sachverhalt im Bildungsausschuss zu erörtern.

Von Frau Feike wird gebeten, die gezeigte Präsentation den Ausschussmitgliedern digital zur Verfügung zu stellen.

Um die Thematik voranzubringen wird von Herrn Neumüller vorgeschlagen, alle die mit Kindern „arbeiten“ einzubeziehen und zusammenzubringen. Von Frau Fügmann wird der Auftrag an die Verwaltung zur Bildung einer Arbeitsgruppe bestätigt. Dies wird von Frau Lautenschläger begrüßt, da die Einzelheiten nicht im Ausschuss zu regeln sind.

Herr Kleindienst geht 20:20 Uhr.

Über das im letzten Jahr organisierte Sommercamp des Behindertenverbandes für Kinder mit Förderschwerpunkt wird von Frau Kuschick-Büttner berichtet. Vermittelt wurden dabei hauswirtschaftliche und lebenspraktische Grundlagen und Angebote im Sport- und Naturerlebnisbereich unterbreitet sowie mit schulischen Inhalten verknüpft.

Über die coronabedingten Einsparungen der Schulbegleitung konnte die Finanzierung realisiert werden. Weiter wird auf den Unterschied der einkommensabhängigen sozialen Teilhabe am Sommerferienprogramm im Gegensatz zur einkommensunabhängigen Bildungsteilhabe aufmerksam gemacht. Diese und weitere Details sind im Arbeitskreis zu klären.

Zu TOP 7 Anfragen

Auf die Nachfrage von Frau Kuschick-Büttner zur Einschulung und insbesondere zu den Vorschuluntersuchungen wird von Frau Nielsen zusammenfassend wie folgt informiert: Alle Kinder, die bis zum 01.08.2022 sechs Jahre alt sind, werden zum Schuljahr 2022/23 schulpflichtig. Die Anmeldungen dafür laufen in der Zeit vom 02.-10.05.2021, wenn möglich kontaktlos. Schuleingangsuntersuchungen werden in Abstimmung mit der oberen Gesundheitsbehörde nicht durchgeführt. Ausnahmen sind Kinder in Frühförderung, Rücksteller und Früheinschuler, die vom FD Gesundheit informiert wurden.

Zu TOP 8 Informationen/Sonstiges

Von Frau Reller wird über die heute Nachmittag stattgefundenene Wahl der Schülerverepreter der weiterführenden Schulen informiert. Zwei Schülerverepreter bzw. ein Stellverepreter wurden benannt und sind als beratende Mitglieder für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzuladen.

Frau Reller, Frau Schmidt und Frau Herrgott werden die Schülerverepreter weiter begleiten.

An den Termin für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am **23.06.2021** wird von Frau Reller erinnert. Die Ausschussmitglieder werden gebeten, entsprechende Vorschläge für die anstehende Wahl der/s Ausschussvorsitzenden zu überdenken.

Frau Reller beendet um 20:35 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Wolfgang Kleindienst
Ausschussvorsitzender
(Sitzungsleitung bis TOP 2)

Cynthia Reller
Stellv. Ausschussvorsitzende
(Sitzungsleitung ab TOP 3)

Beate Eismann
Schriftführerin